

Demokratische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Demokratische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 67/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45894>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Demokratische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl

Zusammenfassung

Zur Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995 bewerben sich die beiden großen demokratischen Wahlblöcke "Jabloko" von Grigorij Jawlinskij und "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten" von Jegor Gajdar. Beide treten für Demokratie, Marktwirtschaft und Zusammenarbeit mit dem Westen ein. Während Gajdar mehr makroökonomisch vorgehen möchte, hat Jawlinskij mit seinem Konzept der "Marktwirtschaft von unten" stärker die Regionen und den Mittelstand im Blick. Jawlinskij's Wahlchancen könnten besser als die Gajdars sein, weil die Wähler Gajdar bis heute anlasten, daß er als ersten Schritt zur Einführung der Marktwirtschaft am 2. Januar 1992 die Preise freigab, ohne für eine entsprechende soziale Abfederung zu sorgen. Nach anfänglicher Ablehnung ist Jawlinskij nun doch bereit, in den Einzelwahlkreisen die Kandidatenaufstellung mit Gajdar zu koordinieren.

Wählervereinigungen sind nach Artikel 32 des russischen Wahlgesetzes vom 21. Juni 1995¹ allrussische gesellschaftliche Organisationen, die entsprechend den föderalen Gesetzen ordnungsgemäß gebildet worden sind, deren Statut die Teilnahme an Wahlen vorsieht und die entsprechend registriert sind. Um einen Wählerblock bilden zu können, müssen sich mindestens zwei Wählervereinigungen zusammenschließen. Der Einfachheit halber wird im folgenden zwischen Wählervereinigungen und Wahlblöcken nicht unterschieden.

¹ Rossijskaja gazeta, 28.6.1995. Vgl. dazu: Schneider, Eberhard, Der Streit um das Parlamentswahlgesetz. Aktuelle Analysen des BIOst, 59, 1995.

"Jabloko"

Der "Block: Jawlinskij - Boldyrew - Lukin", abgekürzt "Jabloko", was im Russischen auch Apfel heißt, entstand im Oktober 1993 als eine Vereinigung der drei Politiker Grigorij Jawlinskij, Jurij Boldyrew und Wladimir Lukin. "Jabloko" kann sich auf 10.000-15.000 Mitglieder stützen. Die herausragende Führungsfigur ist der Wirtschaftswissenschaftler Jawlinskij, 1952 in einer Militärfamilie im westukrainischen Lwiw (Lemberg) geboren, der 1973 das Moskauer Plechanow-Institut für Volkswirtschaft absolvierte. Von Juli bis September 1990 war er stellvertretender Regierungschef der RSFSR und Mitverfasser des "500-Tage"-Programms zur Einführung der Marktwirtschaft, das aber von Gorbatschow nicht akzeptiert wurde.¹ In der Staatsduma stellt "Jabloko" 27 Abgeordnete (6,1%), von denen 20 über die Liste in die zweite Parlamentskammer einzogen. "Jabloko"-Abgeordnete leiten das Komitee der Staatsduma für Budget, Steuern, Banken und Finanzen sowie das für internationale Beziehungen (Lukin).²

Das Wahlprogramm von "Jabloko"³ enthält folgende Zielsetzungen in der Verfassungspolitik:

- deutliche Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den drei Staatsgewalten,
- Schaffung von Garantien gegen die Usurpierung von Vollmachten des einen Staatsorgans durch ein anderes,
- Wiedereinführung der Kontrollfunktion des Parlaments,
- Präzisierung von Ausmaß und Form der Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament,
- demokratische Bildung des Föderationsrats und unbürokratische Ernennung seiner Mitglieder,
- Verantwortung des Parlaments für die Grundlinien der Außen- und Verteidigungspolitik.

"Jabloko" ist für die Begrenzung und Präzisierung der Vollmachten des Präsidenten:

- Bildung der Präsidialadministration und des Sicherheitsrats sowie Bestätigung der Strukturen der Regierung auf der Grundlage eines föderalen Gesetzes,
- Verabschiedung von Präsidentenerlassen, die auf der Verfassung und den Gesetzen gründen und diese ausführen,
- keine Einmischung des Präsidenten in die zu präzisierenden Kompetenzen der Regierung.

Hinsichtlich des Wahlsystems schlägt "Jabloko" vor:

- Verabschiedung eines Gesetzes über die Verfassungsgebende Versammlung,
- Änderung des Wahlrechts, d.h. Einführung der Stichwahl für die Kandidaten, die im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit bekommen haben.

In der Politik gegenüber den Föderationssubjekten läßt sich "Jabloko" von folgenden Prinzipien leiten:

- Erhaltung der Einheit Rußlands durch konsequente Dezentralisierung der Staatsmacht,
- klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Zentrale und den Föderationssubjekten,
- Gleichheit der Rechte für alle Föderationssubjekte und Absage an die Vergabe von Privilegien und Souveränität (wie das im Falle der Sonderverträge Moskaus mit Tatarstan und Baschkortostan 1994 geschehen ist),
- kein Armeeeinsatz im Innern Rußlands und Vorrang der politischen vor gewaltsamen Lösungen,
- vorsichtige und allmähliche Reformierung der föderalen Beziehungen sowie
- Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung.

Jawlinskij kritisiert die Rezentralisierungstendenzen der Jelzin-Administration. Er plädiert dafür, einer Monopolisierung in der Politik vorzubeugen, und vor allem für die Herausbildung einer neuen "Staatlichkeit". Die Freiheit des Wortes muß geachtet werden, und die Massenmedien sind von allen staatlichen Einflüssen der Gesetzgebung, der Regierung und der Rechtsprechung freizuhalten. Auf der anderen Seite fordert "Jabloko", daß der Staat die Massenmedien unterstützen soll. Die Vielfalt der Massenmedien muß gewahrt und eine Monopolisierung vermieden werden. Die Journalisten sind rechtlich und sozial zu schützen.

¹ Biographische Angaben nach: Kto est' kto v Rossii i v bližnem zarubež'e, Spravočnik. Moskau 1993; Barsenkov, A.S./Koreckij, V.A./Ostapenko, A.I. (Hg.), Federal'noe Sobranie Rossii: Sovet Federacii, Gosudarstvennaja Duma. Biografičeskij spravočnik, Moskau 1995.

² Schneider, Eberhard, Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der russischen Staatsduma, Berichte des BIOst, 18, 1995.

³ Političeskaja platforma: Tezisy (Manuskript, Oktober 1995).

Laut Jawlinskij ist die Kriminalität für die russische Bevölkerung das Problem Nummer eins. Die Kriminalität an der Spitze könne relativ leicht bekämpft werden, wenn russische Staatsdiener keine Lizenzen mehr für den Export von Öl und Gas vergeben müssen, sondern dieser lizenzfrei durchgeführt werden kann. Die Kriminalität auf der mittleren Ebene werde verschwinden, wenn die verschiedenen Monopole beseitigt sind. Und die Kriminalität auf der unteren Ebene werde aufhören, wenn die für die örtliche Sicherheit verantwortlichen Behörden aktiv werden. Das Innenministerium soll nicht mehr dem Präsidenten unterstellt sein und wieder zu einem Organ der Regierung werden.

In der Wirtschaftspolitik fordert "Jabloko":

- Unterstützung des Mittelstands,
- marktwirtschaftliche Reformen ohne unheilvolle Folgen für die Bevölkerung,
- eine wirtschaftlich effiziente Privatisierung und Verhinderung neuer Monopole,
- Wiederbelebung der Produktion in den Hochtechnologiebereichen durch entschlossene Strukturreformen sowie
- staatliche Unterstützung der Kleinbetriebe.

Damit Rußland einen Ausweg aus der schweren Krise findet, verlangt Jawlinskij eine entschiedene Beschleunigung der Strukturreformen in der Wirtschaft, vor allem deren Entmonopolisierung. Jawlinskij setzt sich vor allem für den neuen Mittelstand aus Ingenieuren, Lehrern, Ärzten, Offizieren und Facharbeitern ein, die bisher von den Reformen wenig gehabt haben. Zur Umverteilung der Früchte der Reform will Jawlinskij allerdings nur wirtschaftliche Hebel einsetzen.

Der "Jabloko"-Chef plädiert für "Reformen von unten". Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands soll sich stärker an den Regionen orientieren, für die er Kompetenzen bei der Reform fordert. Dementsprechend agieren die regionalen Organisationen von "Jabloko" in 58 Föderationssubjekten weitgehend selbständig. Als Experimentierfeld für die an den Regionen orientierte Reformpolitik Jawlinskis gilt das Gebiet Nischnij Nowgorod - das ehemalige Gorkij -, wo der junge Gouverneur Boris Nemzow¹ im Auftrag Jawlinskis neue Wege beschreitet, indem er relativ selbständige ökonomische Subsysteme aufzubauen versucht.

Die Priorität in der Außenpolitik sollte nach "Jabloko" in den Beziehungen Rußlands zu den UdSSR-Nachfolgestaaten liegen. Notwendig sei eine GUS-Wirtschaftsunion auf der Basis der Verträge von 1991. Rußland ist eine Großmacht und sollte in dieser Eigenschaft einer der Garanten der internationalen Stabilität werden. Dazu ist nicht nur die Reform der Wirtschaft, sondern auch des Militärs erforderlich. Die Abrüstungspolitik sollte in Übereinstimmung mit langfristigen strategischen Überlegungen durchgeführt werden. Die Beendigung des "kalten Krieges" bedeutet nicht, daß die Armee ihre Bedeutung als ein wichtiger Faktor der nationalen Sicherheit verloren hat. Sie soll in den nächsten zwei Jahren auf 1-1,2 Mio. Soldaten verkleinert werden. Die Aufrechterhaltung der atomaren Parität ist lebenswichtig für das Fortbestehen des Staates.

Für die Staatsdumawahl stellte "Jabloko" als Spitzenkandidaten außer dem Fraktionsvorsitzenden Jawlinskij Wladimir Lukin und Tatjana Jarygina auf.² Der habilitierte Historiker Lukin, 1937 in Omsk geboren, vertrat von 1992 bis 1994 sein Land als Botschafter in den USA. Als gemäßigter Nationalist kritisiert Lukin die russische Außenpolitik Kosyrews: "Rußland hat im Moment mit sich selbst zu tun. Nur gab es schon Zeiten in unserer Geschichte, in denen innere Schwäche durch eine brillante Außenpolitik ausgeglichen werden konnte - nach den schweren Niederlagen im Krimkrieg und später im Russisch-Japanischen Krieg. Heute wird die innenpolitische Misere durch eine unfähige Außenpolitik noch verstärkt." Das Tschetschenien-Abenteuer bezeichnete er als einen der größten Fehler. "Nach dem Debakel im Kaukasus wird unser Land weder geachtet noch gefürchtet." Lukin warnt vor dem Ausbrechen überholt geglaubter Psychosen und alter Feindseligkeiten, wenn sich die Russen in Europa nicht wohlfühlen sollten. "Die russischen Ängste sind für die europäische Sicherheit von wesentlich größerer Bedeutung" als die polnischen und tschechischen Befürchtungen vor Rußland.³ Nach Ansicht Jawlinskis kann Rußland niemals Mitglied der NATO oder der EU werden. Deshalb sollte man in Moskau alle Anstrengungen darauf verwenden, gute Beziehungen zu beiden Organisationen herzustellen.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Jarygina, Jahrgang 1953, gründete 1991 zusammen mit Jawlinskij das "Zentrum der politischen Wirtschaftsforschungen" ("PI-Centr"), dessen Direktor Jawlinskij ist. Jarygina ist stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Arbeit und soziale Unterstützung. Boldyrew, der bereits 1993 nicht für die Staatsduma, sondern für den Föderationsrat kandidierte, steht

¹ Jawlinskij, Grigorij, Reformen von unten - Die neue Zukunft Rußlands. Gütersloh 1994.

² Rossijskaja gazeta, 16.9.1995.

³ Gespräch in: Der Spiegel, 39, 1995, S. 186.

nicht auf der Liste.

Eine Kooperation bei der bevorstehenden Staatsdumawahl mit dem anderen Reformer, Jegor Gajdar, lehnte Jawlinskij im Mai 1995 nach ursprünglicher Zustimmung überraschend wieder ab. Vier Monate später ist Jawlinskij nun doch bereit, in den Einzelwahlkreisen die Kandidatenaufstellung mit Gajdar zu koordinieren. "Jabloko" wird seinen Wahlkampf vor allem gegen die Kommunisten führen.

"Demokratische Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten"

Das andere Reformbündnis "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten" entstand am 12./13. Juni 1994 aus der Partei "Demokratische Wahl Rußlands" (DWR) von Jegor Gajdar, der neuen "Russischen Partei für soziale Demokratie" (RPSD) unter ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Perestrojka-Vordenker Alexander Jakowlew, der "Bauernpartei Rußlands" unter Jurij Tschernytschenko, den "Frauen für Solidarität" und den "Soldaten für Demokratie". Ende September 1995 trat dem Reformbündnis der "Kongreß der nationalen Assoziationen Rußlands" bei, der 20 Gruppen von ethnischen Minderheiten repräsentiert, die in Rußland leben.

Am Anfang von DWR stand die Bewegung "Wahl Rußlands" (WR) Gajdars, die er am 16./17. Oktober 1993 mit Blick auf die Parlamentswahl vom 12. Dezember 1993 als eine Art Präsidenten-"Partei" gegründet hatte. Aus der Bewegung WR ging im Juni 1994 die Partei DWR hervor, die am 16. August 1994 registriert wurde. DWR soll 200.000-300.000 Mitglieder in 70 Föderationssubjekten haben.¹

Gajdar wurde 1956 in Moskau als Sohn eines Konteradmirals und Enkel eines bekannten Schriftstellers geboren. 1979 absolvierte er mit Auszeichnung die Wirtschaftsfakultät der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität. Von November 1991 bis März 1992 war er stellvertretender, von Juni bis Dezember 1992 amtierender und von September 1993 bis Januar 1994 erster stellvertretender Regierungschef.

In der Staatsduma bildete WR mit 75 Abgeordneten (16,9%) anfangs die größte Fraktion. Obwohl WR bei der Listenwahl nach der LDPR mit 15,4% nur das zweitbeste Ergebnis erzielte, konnte sie dank der hohen Zahl von 39 Direktmandaten die LDPR in der Fraktionsstärke überflügeln. Die hohe Zahl von Direktmandaten ist Folge der breiten Verankerung in den Regionen. Nach dem Wegfall der KPdSU war im Herbst 1993 WR die Partei des herrschenden Staatsapparats geworden, in die viele ehemalige KPdSU-Funktionäre - vor allem in den Regionen - eintraten, die keine reinen Parteiapparats- oder Ideologiefunktionäre waren. Die WR-Fraktion ist inzwischen auf 54 Mitglieder geschrumpft, weil viele mittlerweile ausgetreten sind: Sie haben gemerkt, daß man mit der WR-Mitgliedschaft keine Karriere mehr machen kann.

70% der DWR-Mitglieder wollen in die neue "Partei der Macht", den Tschernomyrdin-Block, eintreten. Hinzu kommt noch, daß die Banken jetzt nicht mehr WR, sondern den neuen Tschernomyrdin-Block finanzieren. Außerdem wird Gajdar in seiner Partei von einer radikal-demokratischen Gruppe weitgehend isoliert. Anfang September 1995 spaltete sich der "Block 89" von WR ab.

In der Staatsduma stellt WR den ersten stellvertretenden Vorsitzenden sowie die Vorsitzenden der Komitees für Verteidigung, für Gesundheit, für die Organisation der Tätigkeit der Staatsduma sowie für Informationspolitik und Kommunikation. Während die WR ursprünglich Jelzin unterstützte, ging sie inzwischen aus zwei Gründen in Opposition zu ihm: wegen seines Erlasses gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen, der den Sicherheitsorganen zu weitgehende Vollmachten einräumt, sowie wegen des Tschetschenien-Kriegs.

In seinem neuen Buch "Entscheidung in Rußland"² greift Gajdar die "Staatsfetischisten" an, die eine unmerkliche, "molekulare" Umgestaltung der Macht vornehmen. Diese neue Staatsreligion des

¹ Parties Proliferate on Eve of Elections, in: Transition, 22.9.1995, S. 43.

² Gajdar, Jegor, Entscheidung in Rußland. Die Privatisierung der Macht und der Kampf um eine zivile Gesellschaft. München 1995.

"Staatsfetischismus" ist nicht möglich "ohne eine offiziell deklarierte Fremdenfeindlichkeit, ohne die aktive Herausbildung eines 'Feindbildes' - eines äußeren sowie eines inneren". Ferner erfordert diese neue Staatsreligion die "radikale Beschneidung der politischen, ökonomischen und bürgerlichen Rechte der Gesellschaft" sowie die Steigerung von Macht und Einnahmen des Staates und die erneute Mobilisierung der Ressourcen der Gesellschaft zum Zwecke der Lösung "imperialer Probleme". Gajdar ist davon überzeugt, daß ein solcher Kurs in die nationale Katastrophe führen wird.

Diese neue Staatsreligion wird von der neuen Bürokratie vertreten, die weitgehend die alte ist und den Staat als ihr Privateigentum betrachtet. Die neue Nomenklaturbürokratie ist auf die Erhaltung des jetzigen Zustandes ausgerichtet, also des "bürokratischen Marktes" und der "pseudostaatlichen Wirtschaft", in der das sich de facto im Privatbesitz der neuen Nomenklatur-Bürokratie befindende Kapital wie vermeintlich staatliches für sie arbeitet.

Ziel der Bürokratie ist es, das derzeitige zur Hälfte "umgestülpte" System der Eigentumsverhältnisse in Rußland zu erhalten und zu konservieren. Die Unbestimmtheit dieser Verhältnisse erlaubt es der Nomenklatura, für das "niemandem gehörende" Eigentum zwar nicht verantwortlich zu sein, jedoch darüber zu verfügen und die Einnahmen daraus zu verwenden, als wäre es ihr persönliches Eigentum. Dies ist echter parasitärer Imperialismus für die oberste bürokratische Schicht. Zum Schutz, zum Ausbau und zur Festschreibung dieses Zustandes benötigt sie einen starken Staat...¹

Von 1989 bis 1991 wandte sich dieselbe Oligarchie gegen eine Stärkung des Staates, weil sie die Lockerung der Bandagen benötigte, um in Ruhe ihre Macht privatisieren und dieser das Eigentum hinzufügen zu können. An anderer Stelle seines Buches spricht Gajdar in diesem Zusammenhang von "Beuteumverteilung". Da dieser Prozeß nun abgeschlossen ist, steht bei der Nomenklatur-Bürokratie die Hyperstaatlichkeit wieder hoch im Kurs, weil es jetzt darauf ankommt, das Errungene zu behalten.

Hinzu kommt, daß die Bürokratie ein viel größeres Potential an Mafiosität in sich trägt als die Geschäftswelt. Der Geschäftsmann kann sich legal bereichern, wenn man ihn läßt. Ein Beamter kann das dagegen nur auf unehrliche Weise tun. "Das Gerüst des bürokratischen Systems (auch seiner Strafmaßnahmen) kann leicht zum Gerüst eines Mafiasystems werden."

Gajdar schreibt seinen Landsleuten ins Stammbuch: "Unsere eigenen Probleme müssen wir selbst lösen. Wenn wir sie nicht bewältigen, wird die Welt den Zusammenbruch der hohen russischen Zivilisation gelassen hinnehmen." Diese Probleme, die sehr vielfältig sind, können nicht nacheinander angegangen werden, sondern müssen gleichzeitig gelöst werden, weil sie sich gegenseitig bedingen. "Wir müssen heute die Anforderungen aus mehreren Jahrhunderten zugleich bewältigen." Doch wie das geschehen soll, verrät Gajdar im einzelnen nicht. Er gibt nur die Grundlinie vor: Trennung von Macht und Eigentum - nach Gajdar ist dies das Hauptcharakteristikum der westlichen Gesellschaften - und die Säkularisierung des Staates.

Die Wahlkampfthemen² Gajdars für die bevorstehende Staatsdumawahl sind folgende:

- Reform des Staatsapparats (Halbierung des zentralen Staatsapparats; Entzug des Rechts der Beamten, staatliche Mittel willkürlich zu verteilen; stärkere Bestrafung von Korruption und Mißwirtschaft),
- umfassende Steuerreform (Begrenzung der staatlichen Steuerarten auf allen Ebenen, Einschränkung der Steuerprivilegien, Senkung des Höchststeuersatzes, Schutz der Steuerzahler vor Willkür),
- Umbau des Sozialsystems, Konzentrierung der Ressourcen auf die Hilfe für besonders bedürftige Gruppen der Bevölkerung: Minderbemittelte, Arbeitslose, junge Familien, Pensionäre, Flüchtlinge und Umsiedler.

¹ Ebenda, S. 181.

² Razumnyj vybor. Moskau (Manuskript, Oktober 1995); Vortrag von Gajdar in Bonn am 20.9.1995.

- Veränderung der Haushaltsprioritäten (statt Finanzierung unrentabler Großbetriebe mehr Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur und Hilfe für die Minderbemittelten),
- gesetzlich garantiertes privates Eigentum einschließlich von Grund und Boden (dem Staat verbleiben 25-30% des Eigentums),
- Durchführung einer Militärreform (eine große Armee ist keine starke Armee; mehr Geld für Ausbildungs- und Übungszwecke; längerer Wehrdienst und Wehrdienst für Studenten verbessern nicht die Kampfkraft der Armee) bis hin zur Einführung einer Berufsarmee,
- Verabschiedung von Gesetzen, die eine Wiederholung der Tragödien von Afghanistan und Tschetschenien verhindern; Kontrolle der Streitkräfte durch die Gesellschaft; Militäreinsatz ohne Bestätigung durch das Parlament ist ein Staatsverbrechen.
- Offenheit gegenüber der Außenwelt. Die DWR ist für wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit demokratischen Ländern im allgemeinen und mit den EU- und NATO-Staaten.

Spitzenkandidaten¹ sind außer Gajdar der bekannte Menschenrechtler Sergej Kowaljow, der als Staatsduma-Abgeordneter furchtlos gegen Jelzins Militärintervention in Tschetschenien protestierte, und die Schauspielerin Lidija Schukschina.

Wegen der - anfangs gar nicht scharfen - Kritik an der Militärintervention in Tschetschenien verließ Außenminister Andrej Kosyrew WR. Auf der anderen Seite trennten sich auch die beiden radikalen Demokraten, der Priester Gleb Jakunin und Lew Ponomarjow, von WR. Schmerzhafter dürfte für Gajdar ein weiterer Austritt sein, der des Multimillionärs Oleg Bojko, der Präsident der Nationalen Kreditbank ist und Gajdar im Wahlkampf finanziell hätte unterstützen können. Von WR ist nur noch Anatolij Tschubajs als erster stellvertretender Ministerpräsident, zuständig für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Regierung.

Beide, Gajdar, der aus einem Nomenklatur-Elternhaus kommt, und Jawlinskij, sind Theoretiker. Jawlinskij scheint von seinem Charakter her eigenwilliger zu sein als Gajdar. Während Jawlinskij stärker die Regionen und den Mittelstand im Auge hat, will Gajdar mehr makroökonomisch vorgehen. Allerdings lasten die Wähler Gajdar bis heute an, daß er als ersten Schritt zur Einführung der Marktwirtschaft am 2. Januar 1992 die Preise freigab, ohne für eine entsprechende soziale Abfederung zu sorgen, die im ursprünglichen Konzept vorgesehen war.

Eberhard Schneider

¹ Rossijskaja gazeta, 3.10.1995.